

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

erschient an jedem Wochentag ausser Freitagen. Die Druck-Verwaltung des Blattes befindet sich in Halle a. S., Markt 300/301. Die Druckerei befindet sich in Halle a. S., Markt 300/301. Die Druckerei befindet sich in Halle a. S., Markt 300/301. Die Druckerei befindet sich in Halle a. S., Markt 300/301.

Die amerikanischen Hilfspläne.

Harding an Poinecaré / Verlegenheit in Paris / Ermordung des polnischen Staatschefs / Ein mißglücktes Attentat in Sofia

Der schwankende Dollar.

Das gab heute einen Sturm auf die Fernsprechämter. Die Banken waren in fieberhafter Tätigkeit. Geplärze wurden in solcher Zahl angestellt, daß schließlich die und da der Strom nicht ausreichte. Am Sonnabend hatte man sich, als der Dollar auf 6900 herabging, Zweifel gemacht, ob denn diese Bewegung anhalten werde, oder ob nicht doch, wie so oft, ein neues Aufsteigen einzutreten würde. Man erinnerte sich, daß, als das Kabinett Cuno gebildet wurde, der Dollar, der am 8. November den Stand von 9150 erreicht hatte, zwar bis auf 6175 am 21. November zurückging, aber daß er dann bis zum 28. November wieder auf 8775 in die Höhe sprang. Immer und ausserordentlich Momente, die unklare Haltung der Parteien zum Kabinett, die Dranghals Poinecarés und ähnliche Momente hatten die Erholung der Welt in wenigen Tagen wieder zunichte gemacht. Inzwischen kamen aber seit Sonnabend mit neue politische Nachrichten aus Amerika, die es nur gerechtfertigt machen, daß ein herabstürzen des Dollars einleiten nicht erwartet werden kann. Die Kabinetsmitglieder sind einmütig nicht erwartet werden kann. Die Kabinetsmitglieder sind einmütig nicht erwartet werden kann. Die Kabinetsmitglieder sind einmütig nicht erwartet werden kann.

Der Höhe des zu gemessenen Credits. Diese Anleihe müßte garantiert werden mit Hilfe aller Einnahmen des Deutschen Reiches, vor allen Dingen mit den aus Ein- und Ausfuhr stehenden Steuern der Chicago Tribune zufolge sind von Washington aus bereits Verhandlungen mit London und Paris über die Regelung der Reparationsfrage mit der Beteiligung Americas im Gange.

„Brennendes Interesse“ in Paris.

Ein vertrauliches Schreiben Harbings an Poinecaré
Paris, 18. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die Nachricht aus Washington über die Abfertigung der Vereinigten Staaten, Europa zu Hilfe zu kommen, liegt im Vordergrund des französischen Interesses, das seit dem Eintreffen einer verzweigten Mitteilung Harbings an Poinecaré, deren Inhalt noch nicht bekannt ist, geradezu brennend geworden ist. Zunächst gegen die Möglichkeit nach dem Korrespondenten des „Zeit“ nachher, auf Zulassungsverhandlungen einer Wirtschaftskommission, zweitens auf eine Anleihe zur Stabilisierung der Mark und drittens auf Vermittlung durch eine noch zu bildende Kommission zur endgültigen Festlegung der Reparationsleistungen. Als wichtiges Zwischenglied für die Verhandlungen zwischen Amerika und der Gruppe ist die Errichtung einer Vermittlungskommission geplant, in der General Gibbs Root, der amerikanische Botschafter in Paris, und Morgan ernannt werden sollen. Der „Zeit“ berichtet weiter, daß die amerikanische Generalaktion in London Robert Emmet, früherer Generalkonsul in Berlin, der als maßgebende Persönlichkeit für europäische Wirtschaftsangelegenheiten in Washington eingetroffen ist und von dort in Paris zurückgekehrt ist, um die dortige Regierung auf die Wichtigkeit der Reparationsfrage hinzuwirken. In Paris sind die Reparationsfrage ein wichtiges Thema, das die amerikanische Generalaktion in London Robert Emmet, früherer Generalkonsul in Berlin, der als maßgebende Persönlichkeit für europäische Wirtschaftsangelegenheiten in Washington eingetroffen ist und von dort in Paris zurückgekehrt ist, um die dortige Regierung auf die Wichtigkeit der Reparationsfrage hinzuwirken.

Des Volkes Stimme.

Deutschland und Preußenmarck
Von Albert Pass (Köln).
Die Bevölkerung des Rheinlands hat gesprochen. Gegen die Rumpfregierungen. Gegen die Projekte. Aber in der Welt haben sie zu hören, der die Stimme der Rheinländer seit dem Bekanntwerden der neuen Rheinpolitik Frankreichs hören können. Ja, er mußte sie hören. Sie haben gesehen, daß die Rumpfregierungen dieser beiden Ziele, für die die Entente angeblich im Kriege gegen Deutschland und seine Verbündeten kämpfte, ein Ding der Unmöglichkeit oder eine glatte Preisgabe dieser Ziele. Darüber hinaus war der Versuch, das Rheinland, gleich, welcher Form — ob offen oder mehr oder weniger verdeckt — nach Köln oder dem Rheinland zu trennen entgegen dem neuerdings losgerissenen von den politischen Parteien wie von den wirtschaftlichen Verbänden deutsch und hier ausgeprochenen Willen, beim Rhein und bei Preußen am Rhein und Zungen zu bleiben, eine glatte Preisgabe des Vertrags von Versailles. Auf die Stimme der Dänen, Dänen und Poinecaré hat die Rheinische Bevölkerung die Antwort gegeben, die gehört werden will. Darum: genug der Treubrucherei. Nicht als ob die Gefahr vorüber sei, als ob die Rheinländer nunmehr in Ungelegenheit die Schuld erwarren dürften. Im Gegenteil: auf der Welt, bei Tag und Nacht, damit man sich wiederum bereit findet, wenn die Stunde es nochmals verlangen sollte. Bis dahin — und wir hoffen, es ist nicht so einmal nötig, daß die Rheinische Bevölkerung des Rheinlands der Welt anruft — können wir die Wertung unserer Interessen, die mehr denn je die Interessen des Deutschen Reiches sind, der Regierung anvertrauen, wenn sie auf dem, von dem neuen Reichsminister Cuno beschrittenen Wege, die Fragen des belagerten Gebietes mit zum Kernpunkte der beiden Innen- und Außenpolitik zu machen, fortfährt.

Preisabschlüsse in der Zentralmarkthalle.

Rückgang bis 25 Prozent.
Berlin, 18. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Der Großhandel in der Zentralmarkthalle stand heute ersichtlich unter dem Zeichen des Sinkens des Dollars. Wenn die Preise aus nicht so gefallen sind, wie dies dem Rückgang des Dollars von 8600 auf unter 6900 entspricht, so sind doch Preisrückgänge von 10 bis 25 Prozent zu verzeichnen.

Ein deutscher „Verwandschafts“?

Frankreich und die amerikanischen Anleihen.
Paris, 18. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Le Temps“ gibt der Meinung Ausdruck, daß ein amerikanisches Verwandschaftsplan lediglich ein deutsches Mandat sei. Der Beweis liegt darin, daß in diesem Projekt nur von einer Anleihe zugunsten Deutschlands gesprochen werde, während man in Frankreich und seinen Verbündeten einen teilweisen Verlust auf ihre Guthaben und Garantien summen wolle. Das Blatt erklärt, es wolle nicht gegen die amerikanische Hilfe an Deutschland protestieren, Frankreich würde aber, daß diese Hilfe nicht auf seine Kosten erfolge. Es könne sich nur um einen Verwandschaftsplan handeln, und zwar, wie das französische Blatt schreibt, mit Rücksicht auf den einseitigen Charakter dieser angelegten Pläne um einen Verwandschaftsplan deutscher Seite. Die Pläne seien im ausschließlichen Interesse Deutschlands abzulehnen. Der belgische Reg. wäre der, daß Deutschland nach einer Verwandschaft mit amerikanischen Anleihen, den Alliierten Zahlungen anbieten, und daß dies darüber entscheiden, wieweit sie für die Zahlungen Zugeständnisse machen können. Auf diese Weise würde die amerikanische Regierung davon befreit, in die europäischen Angelegenheiten einzumischen, was immerhin mit Gefahr verbunden sein könnte. Eine solche Verbindung aus der Pläne der amerikanischen Regierung zur Umwandlung Europas. Eine offizielle Mitteilung betont nur, daß die Presse geneigt ist, die Bedeutung dieser Pläne zu überbetonen. Die Schlussfolgerungen, die aus den letzten Ereignissen von Washington gezogen wurden, waren zum großen Teil ohne ernste Grundlage und der Senat, nach einer Verwandschaft mit amerikanischen Anleihen, diese tiefe Interesse weckt. Auf alle Fälle sind aber die Verhandlungen, die die Regierung mit den europäischen Kabinetten eingeleitet hat oder einzuleiten wird, zu heftig, als daß das Staatsdepartement nach dieser Richtung aus seiner strengen Jurisdiktion herauszutreten könnte.

Amerikas Reparationsaktion.

Washington, 18. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Das Staatsdepartement veröffentlicht gestern eine Erklärung, worin lediglich demotiert wird, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Absicht habe, eine neue Konferenz einzuberufen. Die Lage könne nur wie folgt gekennzeichnet werden:
1. Amerika ist unter gewissen Bedingungen bereit, sich an einer Beilegung der europäischen Angelegenheiten zu beteiligen.
2. Die amerikanische Intervention ist nur allem der Zustimmung Frankreichs untergeordnet.
3. Amerika glaubt, daß Deutschland bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlen muß. Wenn diese Zahlungsfähigkeit aber überschritten worden ist, so fordert Amerika, daß dies von den Alliierten anerkannt wird.
4. Amerika ist der Ansicht, daß militärische Interventionen und die wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands die wirtschaftliche Wiederanfangsfähigkeit der Welt gefährdet.
5. Amerika ist bereit, Deutschland große Privatcredits zu gewähren.
6. Als Garantie für diese Credits müßte ein Teil der Hypotheken, die der Verfallener Vertrag den Alliierten gegeben hat, freigegeben werden.
Salbamlich verläutet außerdem, daß Amerika die Bildung einer aus amerikanischen und alliierten Sonderkommissionen bestehenden Kommission vorschlägt, die sich nach Deutschland begeben würde, um die deutsche Zahlungsfähigkeit neu festzustellen.

Verchiebung der Pariser Konferenz?

Paris, 18. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Der Londoner Korrespondent des „Zeit“ meldet seinem Blatt, in gewissen Kreise neige man zu der Annahme, daß die Pariser Konferenz, die für den 2. Januar vorgesehen ist, nach Genua laufe, auf später verschoben zu werden.

Heutiger Stand des Dollars 6084!

Son amerikanischer Seite wird jetzt gegeben, daß sich Amerika nicht gegen die deutsche Note, die Dollar Note in England überreicht wurde, ausgesprochen habe, wie dies verschiedene internationalische französische Zeitungen mitteilen wollten. Es handelt sich bei den amerikanischen Projekten, wie aus Washington genauer bekannt wird, um eine Anleihe von 6 Milliarden Dollar zugunsten Deutschlands, die von einer Zusammenfassung der älteren und jüngeren Kabinetten, die das Reich den Alliierten anliegend vorliegen. Amerika will mit der Zusammenfassung dieser Anleihen zugleich das Reparationsproblem und das Problem der Stabilisierung der Welt lösen. In amerikanischen Finanzkreisen ist man der Ansicht, daß es jetzt die höchste Zeit sei, Deutschland zu helfen. Wahrscheinlich wird aber Amerika vor dem 2. Januar keine bestimmten Vorschläge machen, sondern zunächst eine ebensolche Haltung einnehmen. Nach der Unterredung, die der deutsche Wirtschaftsminister in Washington, Wechselt, mit Hughes hatte, ist es nach Ansicht der meisten Kreise, wo er verläutet, die Möglichkeit einer Anleihe mit einer Anleihe mit einer Anzahl Finanzleute besprochen wird. Nach den Reporter-Getragen ist diese Anleihe international gedacht, also nicht ausschließlich als amerikanische Anleihe. Die amerikanischen Bankhäuser wollen jedoch ebenfalls bereit sein, Anleihen im Bereiche von einer Milliarde Dollar zu gewähren unter den gleichen Garantien, unter denen die Alliierten während des Krieges ihre Anleihen begeben, was heißt, es wird Deutschland ebenfalls seine Schulden in Amerika zu befragen in

Wahlsau

ist von den Japanern den Chinesen übertragen worden, die Übergabe der Gogonung-Bahn, die das reiche Innerland des Sagens erstreckt, wird am 1. Januar erfolgen. Dieser politische Akt wird in Deutschland laienmässige Erinnerungen wecken, denn deutscher Stolz und deutsche Kultur hatten aus den Fußgänger des Waiher einer Kolonie gemacht. Da China das Prinzip der offenen Tür proklamiert und auch Verhandlungen bis zu 50 Jahren zulassen will, kann deutsche Kritik sich dort wieder betätigen, ohne daß Deutschland das politische Risiko auf sich zu nehmen braucht, das es damals gegen die Warnungen einflussreicher Politiker auf sich nahm, als es die Forderung des Sagens erstawa.

Deutscher Wahlsieg in Hienburg. Nach heftigem Wahlkampf wurde der bisherige Oberbürgermeister Dr. Lohde, der Bewerber der Deutschen Bürgerpartei, mit großer Mehrheit wiedergewählt. Von den Sozialdemokraten und den Dänen war als Gegenkandidat der Seigerdese Dr. Wagner aus Hamborn angesetzt worden. Dr. Lohde erhielt 13700 und Dr. Wagner 8800 Stimmen.



